

13. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: Landkreis Aurich, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich, Raum 1.106 (Sitzungssaal)		
Sitzungsdatum: 20.02.2014	Sitzungsbeginn: 15:04 Uhr	Sitzungsende: 17:17 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Carow, Johanne	FW	
Dirks, Friederike	CDU	
Forster, Hans	SPD	
Frerichs, Theo	CDU	
Hasbach, Bernd	SPD	Vertretung für Barbara Kleen
Ihnen, Hermann	SPD	
Odens, Roelf	CDU	
Saathoff, Anneliese	GRÜNE	Vertretung für Gila Altmann
Sell, Erwin	SPD	
Sievers, Wolfgang	FDP	
Trauernicht, Hinrich	SPD	Vertretung für Anita Biller
Grundmandat		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Borm, Hans-Joachim		
Coordes, Andrea		Vertretung für Jürgen Lüppen
Hülsebus, Dieter		

Pieschke, Bärbel

Tobiassen, Bernd

Verwaltung

Christoffers, Dieter

Leiter des Sozialamtes

Jelden, Frauke

Gleichstellungsbeauftragte

Krabbe, Henni

Kreisrätin

Müller, Michael

Rewerts, Silke

Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte

Schäfer, Marcel

Protokollführer

Seemann, Volker

Nicht anwesend:

Mitglieder

Altmann, Gila

GRÜNE

Biller, Anita

SPD

Kleen, Barbara

SPD

Beratende Mitglieder

Lüppen, Jürgen

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.12.2013 - öffentlicher Teil -
5. Bericht von Frau Christina Bitiq über die Hospizarbeit in Norden
6. Sachstandsbericht über die Palliativmedizin durch Herrn Dr. med. Egbert Held
7. Bericht von Herrn Harald Diemel über die Tafel in Aurich
8. Bericht von Frau Christel Wirringa und Herrn Manfred Wirringa über ehrenamtliche Flüchtlingssozialarbeit
9. Bericht über die Zuweisung von Asylbewerberinnen und Asylbewerber
10. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende Kleinert** eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um 15:04 Uhr und begrüßte die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die **Vorsitzende Kleinert** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwände erhoben.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 16.12.2013 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift vom 16.12.2013 - öffentlicher Teil - wurde einstimmig, bei 6 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme, genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 6
⇒ einstimmig beschlossen

TOP 5 Bericht von Frau Christina Bitiq über die Hospizarbeit in Norden

Frau Bitiq von der Leben bis zuletzt - Hospizgruppe Norden und Umgebung e. V. stellte im Rahmen einer PowerPoint-Präsentation den Hospizdienst und dessen Team vor.

Ziel dieses ambulanten Beratungsdienstes sei es, dass sterbende Menschen bis zuletzt zu Hause leben und dort auch sterben könnten. Dies gelte auch für Menschen, die in einem

Heim lebten, da das Heim deren zu Hause geworden sei. Unterstützende Hilfe gäbe es auch in den Krankenhäusern durch die Palliativstation.

Im Weiteren ging **Frau Bitiq** auf die geschichtliche Entwicklung des Vereins ein, die im Jahre 1998 durch den Auftrag der Landeskirche an die Pastorin Silke Dohrmann, mit einer halben Stelle in der Stadt Norden die Hospizarbeit aufzunehmen, ihren Anfang nahm. Im Jahre 2003 wurde dann der eigenständige Verein Leben bis zuletzt – Hospizgruppe Norden und Umgebung e. V. gegründet. Mittlerweile sei der Verein in der Mennonitenlohne in Norden ansässig und bestehe aus einem siebenköpfigen Vorstand, zwei hauptamtlichen Koordinatorinnen sowie 39 ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Der Einzugsbereich erstreckte sich mittlerweile auf das Gebiet der Stadt Norden, die Inseln Norderney, Baltrum und Juist sowie die Gemeinden Krummhörn, Südbrookmerland, Großheide, Dornum und die Samtgemeinden Hage und Brookmerland bis hin nach Westerholt (Landkreis Wittmund). Weiterhin sei der Verein mit der Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH an beiden Standorten, mit Hausärztinnen und Hausärzten, Schulen sowie den Kreisvolkshochschulen vernetzt. Letztere führe die Vorbereitungskurse für angehende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch. Diese Kurse umfassen 110 Stunden und seien Voraussetzung für die aktive Mitarbeit. Daneben bestehe auch Kontakt zu überregionalen Hospizvereinen.

Abgeordneter Forster erkundigte sich, ob auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit entsprechendem kulturellen Hintergrund aktiv im Hospizverein tätig seien, was durch **Frau Bitiq** verneint wurde, obwohl der Verein sich hierfür offen zeige. Die vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden jedoch entsprechend geschult werden.

Weiter führte **Frau Bitiq** aus, die Kennzeichen der Arbeit des Hospizvereins seien die multiprofessionellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Trauerarbeit sowie die Tatsache, dass die bzw. der Sterbende im Mittelpunkt stehe.

Sodann führte **Frau Bitiq** anhand mehrerer Beispiele aus der Praxis an, wie der Verein den Menschen helfe.

Auf die Frage der **Abgeordneten Saathoff**, ob auch Familien von Sterbenden kämen, die nicht vom Hospizverein begleitet wurden, gab **Frau Bitiq** an, dass dies sogar der überwiegend der Fall sei.

Auf Nachfrage des **Abgeordneten Forster** führte **Frau Bitiq** aus, dass die Finanzierung des Hospizvereins auf drei Säulen fuße. Hierbei handele es sich um Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung, Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Abgeordnete Albers erkundigte sich nach dem Angebot für Kinder und Jugendliche. Hierzu führte **Frau Bitiq** aus, dass derzeit zwei Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter bereits entsprechend geschult wurden und zwei weitere derzeit eine Schulung besuchen würden. Es gäbe jedoch noch kein offizielles Angebot.

Beratendes Mitglied Borm erkundigte sich nach einem stationären Hospiz. Hierzu erläuterte **Frau Bitiq**, dass ein entsprechendes Konzept 2012 erarbeitet wurde. Man sehe den Bedarf in der Küstenregion und den Inseln und würde auch dementsprechend nicht in Konkurrenz zu den vorhandenen Angeboten in Leer, Jever, Westerstede oder Oldenburg treten.

Auf Nachfrage des **beratenden Mitgliedes Borm**, ob eine Zusammenarbeit mit einer angedachten stationären Einrichtung in Aurich in Betracht käme, erläuterte **Kreisrätin**



Krabbe, dass sich die Einrichtung eines stationären Hospizes gerade im ländlichen Bereich schwierig gestalten würde, da auf 300.000 Einwohnerinnen und Einwohner ein Hospiz käme. In der näheren Umgebung befänden sich bereits in Leer, Jever, Westerstede und Oldenburg stationäre Hospize.

Abgeordneter Forster appellierte vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, das Thema politisch mit zu bearbeiten.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich abschließend bei Frau Bitiq für den guten Vortrag.

TOP 6 **Sachstandsbericht über die Palliativmedizin durch Herrn Dr. med. Egbert Held**

Zunächst stellte Herr Dr. Held sich als medizinischer Direktor der Ubbo-Emmius-Klinik gGmbH am Standort Norden vor.

Die Aufgabe der Palliativstation sei, psychosoziale Hilfestellung für sterbende Menschen zu leisten. Viele würden den Wunsch äußern, zu Hause sterben zu wollen, was viele jedoch nicht schafften. Darauf versuche die Palliativstation einzuwirken. Die Hälfte der Patientinnen und Patienten könnten die Palliativstation wieder verlassen. Viele hätten danach das Bedürfnis wiederzukommen, was der größte Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Palliativstation sei.

Herr Dr. Held führte weiter aus, dass es die Palliativstation aus rein ökonomischer Sicht gar nicht mehr gäbe. Dem hielt er entgegen, dass der Konsiliardienst am Krankenbett für die Betroffenen wichtiger sei als der stationäre Bereich der Pflege. In Norden sei die Palliativstation seit Jahren etabliert und habe dort einen guten Erfolg. Am Standort Aurich müsse dies noch intensiviert werden.

Die Palliativstation unterscheide sich von anderen Stationen. Man werde ruhiger beim Betreten dieser Station. Dies springe auf die Patientin bzw. den Patienten über, was elementar wichtig sei, da der betroffene Personenkreis oftmals nur noch wenig Zeit habe. Die Palliativstation könne bis zu acht unheilbar kranke Personen versorgen. Schwierig gestalte sich für die Betroffenen, dass sich die heilenden Abteilungen unter dem gleichen Dach befänden, die Palliativstation jedoch keinen heilenden Ansatz verfolge.

Letztlich wies Herr Dr. Held noch auf die aus seiner Sicht bedrückende Seite hin, wonach die Zukunft der kleinen Palliativstation ungewiss sei. Hier würde der Mensch ökonomisch in den Hintergrund rücken, obwohl die Station für die Menschen wichtig sei. In den letzten zwei Jahren sei der erwartete Fehlbetrag deutlich überschritten worden. Dies sei durch hausgemachte Fehler geschehen, wodurch die Station nunmehr in Frage gestellt würde. Man müsse sich aus seiner Sicht bei Einsparungen die Frage stellen, ob man an der Würde des Menschen ansetze oder von fünf auf drei Chefärztinnen und Chefärzte reduziere.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich für den Vortrag und wies bezüglich der Sanierungsgespräche auf den Krankenhaus- und den Betriebsausschuss.

Abgeordneter Forster forderte, das Thema nicht unter ökonomischen Aspekten zu behandeln, eine Palliativstation sollte wohnortnah vorhanden sein. Im Übrigen regte er an, das Thema gesondert zu behandeln. Eine Palliativstation könne nicht kostendeckend aufrechterhalten werden, aber dafür seien schließlich Steuermittel da. Der Bedarf würde steigen und man solle jetzt präventiv handeln.

Abgeordneter Meyerholz wies noch darauf hin, dass es sich bei Schließungsempfehlungen um Aussagen aus dem erstellten Sanierungsgutachten handele und diese Äußerung keinesfalls aus dem Krankenhaus- oder Betriebsausschuss kämen.

Auf Anregung der **Abgeordneten Albers**, eine Kinderbetreuung in einer stationären Hospizeinrichtung aufzunehmen, entgegnete **Frau Bitiq**, dass dies zwar eine gute Idee sei, es jedoch unterschiedliche Ansätze bei der Arbeit mit Kindern und Erwachsenen gebe. So sei gerade bei Kindern das Wegfahren nach Oldenburg so etwas wie Urlaub. Nach ihrer Auffassung solle hier der bestehende ambulante Ansatz ausgebaut werden.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich abschließend nochmals bei Herrn Dr. Held und Frau Bitiq.

TOP 7 Bericht von Herrn Harald Diemel über die Tafel in Aurich

Herr Diemel, Leiter der Auricher Tafel, berichtete von den Veränderungen in der Arbeit der Tafel.

Zunächst führte er aus, dass es im Landkreis Aurich zwei Tafeln gäbe, eine in Aurich und eine in Norden. Hinzu kämen noch tafelhähnliche Einrichtungen in Marienhaf, Dornum und Großheide.

Als Leiter der Auricher Tafel berichtete Herr Diemel speziell über die Veränderungen. Es sei eine Schande, dass aktuell 400 Haushalte (rund 1.100 Personen) ihre Lebensmittel über die Tafel beziehen würden. Das Positive an der Arbeit sei das Engagement von 210 ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit Spaß an der Arbeit diese Aufgabe erledigten.

Die Grundaufgabe der Tafel bestehe darin, Lebensmittel vor der Vernichtung zu retten und an Bedürftige weiterzugeben. Es sei hingegen nicht Aufgabe der Tafel, spendenfinanzierten Musikunterricht oder Hausaufgabenhilfe zu leisten, wie dies mittlerweile andernorts der Fall sei. Auch gäbe es keinen Zukauf von Lebensmitteln. Die Tafel beginne die Woche, indem sie Supermärkte anfähre und dort Lebensmittel vor der Vernichtung rette. Dann würden diese an gesonderten Tagen den Kundinnen und Kunden der Tafel übergeben. Diese Arbeit würde ausschließlich von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewerkstelligt. Viele hiervon seien ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr. Da die Lebensmitteldiscounter feste Abholzeiten diktierten, sei es ein großer logistischer Aufwand, die Lebensmittel von dort einzusammeln.

Die Logistik der Discounter führt mittlerweile zu immer weniger wegwerfbaren Lebensmitteln, was wiederum zu weniger Lebensmitteln für die Tafel führe. Mittlerweile erfolgten mehr Anlieferungen mit weniger Waren. Zudem würde bei Kühlwaren das Mindesthaltbarkeitsdatum künstlich verlängert werden.

Auf Nachfrage des **Abgeordneten Forster**, ob die Lebensmittel noch ausreichend seien, antwortete **Herr Diemel**, dass dies saisonalbedingt unterschiedlich sei. Derzeit gäbe es wenig Lebensmittel, was sich in absehbarer Zeit ändere, wenn wieder mehr Urlauberinnen und Urlauber in der Region wären. Dann würden wieder mehr Lebensmittel zur Verfügung stehen. Auf weitere Nachfrage des **Abgeordneten Forster** erläuterte **Herr Diemel** das Verfahren bei der Lebensmittelausgabe. So würde jede Kundin bzw. jeder Kunde eine Nummer erhalten und dann die Tafel durchlaufen. Vorab würde festgelegt, wer was erhalte, so könnte beispielsweise festgelegt werden, dass Eisbergsalate nur an Familien

ausgehändigt werden. Die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer könnten das Wegwerfverhalten nicht fassen, es sei erschreckend, so Herr Diemel, dass etwa 30 % der Brot- und Backwaren vernichtet würden. In der Tafel sei Brot immer zu erhalten, genauso wie Obst oder Gemüse. Wurst hingegen sei selten zu bekommen, Tiefkühlwaren sogar gar nicht. Die Anspruchsberechtigten müssten, bevor sie die Tafel aufsuchen, zunächst zum Diakonischen Werk des Ev.-luth. Kirchenkreises Aurich und dort ihr Einkommen offenlegen, damit der Anspruch geprüft werden könne. Hier würde dann auch weitergehende Hilfe geleistet, wie die Schuldnerberatung oder die Sozialberatung.

2005 waren es nach Herrn Diemels Aussage noch überwiegend Familien, die die Tafel in Anspruch genommen hätten, mittlerweile wären es weniger Familien und nunmehr ältere Menschen, die die Tafel aufsuchten. Diese erhielten, trotz lebenslanger Arbeit, nur geringe Renten. Es wäre seiner Meinung nach schön, wenn die Tafeln nicht mehr gebraucht würden.

Abgeordnete Seelgen fand es einen Skandal, dass 400 Haushalte von der Tafel leben müssten und erkundigte sich, ob es denn eine Übersicht gäbe, wie viele Menschen nicht zur Tafel kämen. Hier würden, so Herr Diemel, Erfahrungswerte bei der Planung helfen.

Beratendes Mitglied Borm berichtete noch, dass Kundinnen und Kunden in der Erwerbslosenberatung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes berichteten, dass sie bei der Tafel Lebensmittel erhalten würden, die sie ansonsten nicht bekämen. Es wäre positiv, dass gute Nahrungsmittel weitergegeben würden.

Herr Diemel berichtete noch von einer Familie, die aufgrund der Ersparnis durch die Lebensmittel der Tafel monatlich 10,00 € für die Renovierung eines Kinderzimmers zurücklegen konnte.

Während die Vorsitzende Kleinert die Sitzung von 16:18 Uhr bis 16:20 Uhr unterbrochen hatte, stellte Herr Wurringa noch klar, dass die Tafel keinen Müll herausgebe, sondern gute Lebensmittel.

Die Vorsitzende Kleinert bedankte sich abschließend bei Herrn Diemel für den Bericht.

TOP 8 **Bericht von Frau Christel Wurringa und Herrn Manfred Wurringa über ehrenamtliche Flüchtlingssozialarbeit**

Die Vorsitzende Kleinert stellte die Eheleute Wurringa zunächst vor, die heute über die Flüchtlingsbetreuung in Leezdorf berichten würden.

Herr Wurringa stellte sich als Bürgermeister der Gemeinde Leezdorf (Samtgemeinde Brookmerland) vor. In dieser Eigenschaft sei er dann mit der Tatsache konfrontiert worden, dass die Gemeinde Leezdorf 13 Flüchtlinge aus Eritrea aufnehmen müsse. Er habe daraufhin den Gemeinderat informiert und dann habe man sich beraten, wie man mit dieser Situation umgehen könne.

Nachdem die Eritreer angekommen waren, haben Herr Wurringa und seine Ehefrau diesen zunächst das Dorf gezeigt. Dann hätten sich die Flüchtlinge bei einer Versammlung den anderen Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohnern vorgestellt. Mit dem Pastor wurde eine gemeinsame Weihnachtsfeier organisiert und durchgeführt. Auch würde, soweit möglich, täglich Deutschunterricht durchgeführt werden. Die Flüchtlinge hätten beim Umbau des Schulgartens geholfen. Insgesamt würde man sich täglich mit den Flüchtlingen beschäftigen. Es wurde sogar zwischenzeitlich ein gemeinsames Klootschießen veranstaltet.



Die Flüchtlinge hätten zwischenzeitlich jeder ein Fahrrad erhalten, die Herr Wurringa selbst mit einem Kostenaufwand von 300,00 € repariert habe, die ihm bislang niemand erstattet habe.

Herr Wurringa dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreissozialamtes und dem Flüchtlingsbeauftragten Herrn Tobiasen für deren Unterstützung.

Frau Wurringa erläuterte zunächst, dass sie vor 3 Jahren in Leezdorf ein Kulturforum (Begegnungs- und Bildungsstätte) gegründet habe. Hier gab es bislang wenig Resonanz. Die Flüchtlinge aus Eritrea jedoch nutzten mittlerweile das Gebäude, sie hätten sogar einen Schlüssel für das Gebäude. Das Engagement durch den Bürgermeister sei enorm wichtig für die Integration. Es gebe Deutschunterricht durch einen Bundesfreiwilligendienstler an der Grundschule Leezdorf, den sie als ehemalige Lehrerin eventuell künftig selber geben würde. Die Zusammenarbeit mit den Behörden bezeichnete sie als gut, jedoch sei der Schriftverkehr schwierig.

Frau Wurringa berichtete auch von zwei Flüchtlingen, die von einer Abschiebung nach Äthiopien sowie nach Italien bedroht seien. Eine anwaltliche Beratung könnten sich die Betroffenen nicht leisten und für ehrenamtlich Tätige sei eine Hilfestellung hier nicht mehr zumutbar. Ihr seien die Flüchtlinge sehr ans Herz gewachsen und für die gute Integration spreche, dass zwei Flüchtlinge, die mittlerweile eine ausländerrechtliche Anerkennung hätten, nicht etwa nach Hamburg oder eine sonstige Großstadt verziehen würden, sondern sich in Marienhefe bzw. Norden niederlassen wollten.

Vorsitzende Kleinert bemerkte, dass die Fälle an die Substanz der ehrenamtlich Tätigen gehen würden und dass es diesen nicht zumutbar sei, Anwaltskosten zu übernehmen. Hier berichtete Frau Wurringa von einem Fall, in dem der Rechtsanwalt dem Betroffenen eine Ratenzahlung eingeräumt habe. Vorsitzende Kleinert ermutigte die Anwesenden, weiterhin Asylkreise zu bilden.

Abgeordneter Forster fand den Bericht der Eheleute Wurringa sehr gut. Er ergänzte noch, dass sich in Norden mittlerweile viele Menschen zu einem Asylkreis zusammengefunden hätten und auch in Aurich eine solche Formierung stattfände. Insgesamt bezeichnete er die heutige Sitzung als Sternstunde des Ehrenamtes.

Beratendes Mitglied Borm fand, dass das Ehrenamt oftmals vorgeschoben werde. Er forderte mehr hauptamtliche Unterstützung für die ehrenamtlich Tätigen.

Abgeordneter Sell bedankte sich bei den Eheleuten Wurringa, verstand deren Vortrag aber auch als Hilferuf. Man solle sich politisch Gedanken machen und den ehrenamtlich Tätigen Kontaktpersonen an die Hand geben und sie nicht im Regen stehen lassen.

Frau Wurringa betonte abschließend nochmals, dass die Flüchtlingsarbeit eine tolle Sache sei, man aber sozialpädagogische Hilfe brauche.

Vorsitzende Kleinert hob hervor, dass man sich in diesem Bereich noch am Anfang befände und bedankte sich bei den Eheleuten Wurringa für deren Vortrag.

KOAR Christoffers berichtete, dass es mittlerweile weniger Probleme bei der Wohnraumbeschaffung von Familien gäbe, diese bei Einzelpersonen jedoch unverändert hoch seien. Daher versuche der Landkreis Aurich vorwiegend Familien als Zuweisung zu erhalten.

Im Jahr 2014 sollten ursprünglich insgesamt 301 Flüchtlinge zugewiesen werden. Diese Anzahl an Zuweisungen versuche der Landkreis Aurich gleich zu Jahresbeginn abzuarbeiten. Es wurde jedoch durch das Ministerium mittlerweile mitgeteilt, dass die Zuweisungsquote nicht aufrecht zu halten sei. Grund hierfür seien die aktuellen Krisenherde, wie u. a. die Ukraine und Syrien.

TOP 10 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Abgeordnete Albers forderte für die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung einen Tagesordnungspunkt „Gesundheitsregion“ aufzunehmen.

Vorsitzende Kleinert verwies hierzu auf die bereits jetzt schon hohe Anzahl an Tagesordnungspunkten.

Nachdem weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, schloss die Vorsitzende Kleinert den öffentlichen Teil der Sitzung um 16:48 Uhr.

Sodann verließen die Abgeordneten Frerichs, Ihnen und Meyerholz die Sitzung. Daneben gingen auch die beratenden Mitglieder Coordes und Pieschke.

gez. Ingeborg Kleinert
Vorsitzende/r

gez. Marcel Schäfer
Protokollführer/in